Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Soziale Wohnraumversorgung
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Antrag auf Zweckentfremdung von Wohnraum

gemäß dem Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum in Brandenburg (BbgZwVbG) sowie der Satzung der Landeshauptstadt Potsdam über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum - Zweckentfremdungsverbotssatzung Potsdam - (ZwEVSP)
vom 25.03.2021

1. Angaben zum Antragsteller/zur Antragstellerin

➔ Wenn nicht der/die Eigentümer/in selbst den Antrag stellt/stellen, ist eine entsprechende Vollmacht beizufügen!

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Telefon	Telefax
E-Mail-Adresse	
Ich bin von dem Wohnraum, der zweckentfremdet werden soll,	
☐ Eigentümer/in ☐ Teileigentümer/in ☐ Verwalter/in ☐ Mieter/in	

392_AntrZwE 01 05.21

2. Angaben zum betroffenen Wohnraum

Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Lage (Vorder-, Seiten-, Rückgebäude, Stockwerk, Lage, Wohnungsnummer)	
Gebäudeart (z. B. Ein-/Zweifamilienhaus, Wohn- und Geschäftshaus)	Baujahr
Derzeitige Nutzung (z. B. für Wohnzwecke, teilgewerblich, leerstehend)	seit
Derzeitige/r Nutzer/in	Die Nutzungsänderung wird beantragt bis:

3. Angaben zur Zweckentfremdung

3.1 Ich beantrage gemäß § 2 Absatz 1 der Satzung die Genehmigung der Zweckentfremdung wegen

- ☐ Verwendung oder Überlassung für gewerbliche oder berufliche Nutzung von mehr als 50 Prozent der Gesamtfläche des Wohnraumes
  - ☐ Verwendung ☐ Überlassung
- ☐ dem Zweck der Fremdbeherbergung insbesondere für die Einrichtung einer gewerblichen Zimmervermietung oder der Einrichtung von Schlafstellen bei mehr als acht Wochen im Kalenderjahr
- ☐ Leerstand (länger als sechs Monate)
- ☐ baulicher Veränderung oder einer Weise der Nutzung, dass es nicht mehr für Wohnzwecke geeignet ist
- ☐ Beseitigung des Wohnraumes
- ☐ Sonstige Nutzung:

Angaben zum Ersatzwohnraum/zur Ausgleichszahlung

Ersatzwohnraum wird geschaffen durch

☐ Neubau von Wohnraum ☐ Umwandlung von Gewerbe- in Wohnraum

Straße, Hausnummer	Postleitzahl, Ort
Lage (Vorder-, Seiten-, Rückgebäude, Stockwerk, Lage, Wohnungsnummer)	
Gebäudeart (z. B. Ein-/Zweifamilienhaus, Wohn- und Geschäftshaus, Wohnheim)	

Die Möglichkeit zur Zahlung einer Ausgleichsabgabe wird

☐ beantragt ☐ wird zusätzlich beantragt (vgl. § 5 der Satzung)

Nachweise, dass ich zur Leistung der Ausgleichszahlung imstande bin, liegen bei.

☐ Es wird beantragt, weder Ersatzwohnraum stellen zu müssen noch eine Ausgleichsabgabe zu zahlen, da meiner Ansicht nach

☐ vorrangige öffentliche Interessen und/oder ☐ schutzwürdige private Interessen

das Interesse an der Erhaltung des Wohnraumes überwiegen (vgl. § 3 Absätze 2, 4, 5 der Satzung).

Begründung:

3.2 Beantragung der Feststellung der Genehmigungsfreiheit

☐ Ich beantrage die Feststellung der Genehmigungsfreiheit (Negativattest).

Begründung:

Bisherige Nutzung

Zustand des Wohnraumes:

Wird ein Negativattest wegen Unbewohnbarkeit beantragt, ist der Nachweis einer technischen Überprüfung eines Bauingenieurs/einer Bauingenieurin erforderlich.

4. Erklärung des Antragstellers/der Antragstellerin

Ich versichere hiermit die Richtigkeit der oben gemachten Angaben. Mit ist bekannt, dass unzutreffende oder unwahre Angaben zum Widerruf einer erteilten Zweckentfremdungsgenehmigung führen können. Eine Zweckentfremdung ohne Genehmigung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit Bußgeld bis zu 100.000,00 € je Wohnung geahndet werden kann.

Mir ist bekannt, dass die Genehmigung zur Zweckentfremdung andere privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Zustimmungen oder Genehmigungen nicht ersetzt. So wird insbesondere einer Baugenehmigung nicht vorgegriffen.
Der Antrag wird nur mit Unterschrift bearbeitet.

Ort, Datum

Unterschrift

5. Erklärung der (Mit-)Eigentümer/innen

(Nur erforderlich, falls der/die Antragsteller/in nicht alleinige/r Eigentümer/in ist)

Ich erkläre, dass ich von diesem Zweckentfremdungsantrag Kenntnis genommen habe. Mit der geplanten Maßnahme bin ich einverstanden.

Name	Datum, Unterschrift
Name	Datum, Unterschrift
Name	Datum, Unterschrift

6. Folgende Unterlagen sind dem Antrag beigefügt:

- ☐ Eigentümernachweis für Bestand und Ersatzwohnraum (durch aktuellen Grundbuchauszug oder durch notariellen Kaufvertrag und Auflassungsvormerkung im Grundbuch)
- ☐ Vertretungsvollmacht für den/die Antragsteller/in falls nicht Eigentümer/in
- ☐ Unterlagen, die den Antrag auf Negativattest begründen
- ☐ Unterlagen, die den Antrag auf Zweckentfremdung begründen
- ☐ Nachweise, dass ich zur Leistung des Ersatzwohnraumes/der Ausgleichszahlung imstande bin
- ☐ Sonstiges:

drucken | Formular zurücksetzen

Hinweis:
Nach Ihrer Unterschrift haben Sie die Möglichkeit, das Formular an folgende E-Mail zu senden:
Zweckentfremdung@Rathaus.Potsdam.de

7. Datenschutzhinweise zum Zweckentfremdungsantrag

Verantwortlich für die Datenerhebung

Landeshauptstadt Potsdam
Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
Bereich Soziale Wohnraumversorgung
Friedrich-Ebert-Straße 79/81
14469 Potsdam

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an:

Landeshauptstadt Potsdam
Datenschutzbeauftragter
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
14469 Potsdam

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO verarbeitet.

Folgende personenbezogenen Daten:

Name
Vorname
Anschrift
E-Mail-Adresse
Telefonnummer

werden benötigt, um Ihren Antrag bearbeiten zu können.

Die übermittelten Daten werden zur Bearbeitung Ihres Antrages bei uns gespeichert.

Weitergabe von Daten

Ihre Daten werden, soweit es zur Antragsbearbeitung notwendig ist, an Dienststellen der Landeshauptstadt Potsdam sowie des Landes Brandenburg weitergegeben.

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung.

Speicherzeitraum

Ihre Daten werden bei der Landeshauptstadt Potsdam so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist.

Die Verarbeitung der Daten erfolgt auf Grundlage Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO).

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Landeshauptstadt Potsdam, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht bei der Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht, Dagmar Hartge, Stahnsdorfer Damm 77, 14532 Kleinmachnow

Erforderlichkeit der Datenangabe

Die Daten werden für die Antragsbearbeitung benötigt. Ohne Angabe ist Ihr Antrag zur Genehmigung einer Zweckentfremdung von Wohnraum nicht möglich. Grundsätzliche Informationen zum Datenschutz finden Sie unter Datenschutz bei der Landeshauptstadt Potsdam